

821/AB XXV. GP

Eingelangt am 25.04.2014

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

Anfragebeantwortung

Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

Wien, am 25. April 2014

Geschäftszahl:
BMWfJ-10.101/0090-IM/a/2014

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 916/J betreffend "Repräsentationsausgaben", welche die Abgeordneten Wolfgang Zanger, Kolleginnen und Kollegen am 28. Februar 2014 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

Dazu ist auf die Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen Nr. 13957/J und 13958/J der XXIV. GP zu verweisen.

Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:

Im Bereich der Zentralleitung des seinerzeitigen Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend beliefen sich die Repräsentationsausgaben im

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Jahr 2013 auf insgesamt € 122.100,06, im Bereich der Bundesmobilienvverwaltung auf € 7,21 und im Bereich des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen auf € 10.888,41. Die Finanzpositionen sehen keine weitere Aufgliederung vor.

Im Bereich der Zentralleitung des seinerzeitigen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung beliefen sich die Repräsentationsausgaben im Jahr 2013 auf insgesamt € 60.330,30.

Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:

Die Gesamtausgaben des seinerzeitigen Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend für Ankäufe von Nahrungsmitteln und Getränken beliefen sich im Jahr 2013 auf € 55.245,53, jene des seinerzeitigen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung auf € 30.771,05.

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

Die ausbezahlte Amtspauschale betrug im Jahr 2013 für den seinerzeitigen Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend € 9.244,08 und für den seinerzeitigen Bundesminister für Wissenschaft und Forschung € 9.162,64.

Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:

Ja.

Antwort zu den Punkten 6 und 7 der Anfrage:

Für das Jahr 2014 wurde noch kein Bundesfinanzgesetz beschlossen.